

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 75 (1995)
Heft: 3

Buchbesprechung: Sachbuch

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dieter Chenaux-Repond

VORWÄRTS IN DIE VERGANGENHEIT?

Zu Hans-Peter Schwarz' Buch «Die Zentralmacht Europas – Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne»

Der sechzigjährige Adenauer-Biograph redet in seinem neuen Werk dem neuen nationalstaatlichen Denken in der EU das Wort und setzt auf die Karte eines Deutschlands als dirigierende Macht in Europa. Eine problematische Option angesichts des notwendigen EU-Integrations-schrittes in Richtung Osten.

Ohne Umschweife: Ein Buch von hoher Qualität und Aktualität, kenntnisreich, scharfsinnig, realistisch in der Analyse historischer Zusammenhänge, motiviert von der Sorge, dass deutsche Liebedienerei, deutsche Machtverdrängung auf die Dauer weder diesem Lande noch Europa förderlich sind. Wer möchte Hans-Peter Schwarz nicht darin zustimmen, dass fünfzig Jahre nach dem Untergang der Hitlertyranei in Europa und der Welt Aufgaben und Verantwortung der Regierungen ohne mehr oder weniger verdeckte «Wiedergutmachungsansprüche» und ohne deutsche Duckmäuserei zugewiesen werden sollten? Dies gilt unter der doch wohl vernünftigen Annahme, dass gegenseitige Abhängigkeiten am Ende des zweiten Jahrtausends manche Ansprüche vielgestaltiger europäischer Arroganz gewissermassen entsorgt haben.

Geringschätzung für supranationale Ordnungsentwürfe

Es ist diese Voraussetzung, die Schwarz – und das wird man einem Historiker nachsehen – zu einem Vertrauen in die Dauerhaftigkeit entschärfter Nationalstaatlichkeit als europäisches Ordnungsprinzip hinführt, dem eine gewisse Geringschätzung für die supranationalen Ordnungs-

entwürfe europäischer Föderalisten der Nachkriegsjahrzehnte beinahe zwangsläufig entspricht. Der Verfasser stützt sich dabei auf die gewiss zutreffende Erkenntnis, dass ein historisch gewachsener Kulturraum von über 350 Millionen Einwohnern ohne gemeinsame Sprache zu supranationalen Konstruktionen nicht geradezu prädestiniert erscheint.

Und doch fordern die Thesen von Schwarz zu mehr als bloss punktuellen Widerspruch heraus. Dass sie der nüchternen Alemanne mit einer gewissen Neigung zu Redundanz vorträgt, von der – zweifellos nicht nach Willen des Verfassers – eine leicht suggestive Wirkung ausgeht, sei am Rande vermerkt.

Nüchtern? Dürfte man solchen Befundes doch sicherer sein! Schwarz ist zu klug, um zu verkennen, dass Deutschlands Mittellage konstitutionell «prekär» ist; und mehrfach räumt er ein, wir seien als Menschen wie als Völker vor «Narreteien» nie gefeit. Nur waren die beiden Weltkriege, der kollektiv gewollte erste und die verbrecherische Gesinnung der deutschen Nationalsozialisten, die den zweiten vom Zaune brach, ärger als bloss Narreteien. Denn sie haben nicht nur Millionen von Menschenleben vernichtet und wertvollstes Kulturgut für immer in Schutt und Asche sinken lassen, sondern Europa

Hans-Peter Schwarz,
«Die Zentralmacht
Europas – Deutschlands
Rückkehr auf die Welt-
bühne», Siedler-Verlag,
Berlin 1994.

auch selbstverschuldet um seine Weltgeltung gebracht.

Übergeordnete Staatlichkeit ohne lange Latenzzeit

Gerade weil Schwarz dererlei durchaus ins Licht rückt, muss sein Optimismus erstaunen, um so mehr, als sich in seine Thesen wohl auch einige analytische Fehlinterpretationen eingeschlichen haben. Auf deren vier sei hier kurz verwiesen:

Erstens trifft die immer wieder geäußerte Überzeugung in dieser Absolutheit nicht zu, es bedürfe einer sehr langen Latenzzeit und kulturell-sprachlicher Homogenität, um zu einer übergeordneten Staatlichkeit zu gelangen. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren erst zehn Jahre unabhängig, als sich die Überzeugung von der schicksalhaften Notwendigkeit des Bundesstaates durchsetzte. Der Durchbruch der Schweiz – kulturell übrigens alles andere als homogen – zur Bundesstaatlichkeit vollzog sich in bloss rund 15 Jahren und war – eine noch viel zu wenig erforschte Tatsache – eine geradezu modellhafte Vorwegnahme westeuropäischer Entwicklungen der Nachkriegszeit: Die frühen Zürcher Industriellen wussten, dass man massenproduzierte Güter beim Fortbestand einer Vielzahl von Währungen und Zolltarifen nicht würde absetzen können. Sie wollten den gemeinsamen Markt, und sie wussten, dass dieser eine in den Grundzügen gemeinsame Währungs- und Zollpolitik voraussetzt, was wiederum ohne eine zentrale politische Union nicht zu schaffen ist. Das war genau der Weg von der EWG zu «Maastricht» – von Volksrechten auf Bundesebene war 1848 noch keine Rede.

Zweitens war das schweizerische «Maastricht» allerdings zu Ende gedacht – eine Qualität, die dem europäischen Pendant gerade fehlt, was nun freilich die Schuld der deutschen Bundesregierung nicht ist. Denn es gelang Bonn in den zähen Verhandlungen, die zu «Maastricht» führten, eben nicht, sich bei Frankreich und Grossbritannien mit dem unerlässlichen Gedanken der wirklichen politischen Union – also eines weiteren Integrations-schritts – durchzusetzen. Deshalb wird es zur Europäischen Währungsunion wohl

.....

Es gelang Bonn in den zähen Verhandlungen, die zu «Maastricht» führten, eben nicht, sich bei Frankreich und Grossbritannien mit dem unerlässlichen Gedanken der wirklichen politischen Union durchzusetzen.

.....

weder 1997 noch 1999 kommen können, es sei denn, man betrachtet dann deren einziges Mitglied, das die vereinbarten Eckwerte erfüllt – Luxemburg – als Währungsunion. Insofern sind die Ängste des Historikers wie mancher deutscher Ökonomen um den Verlust der D-Mark-Qualität höchst wahrscheinlich unbegründet.

Drittens irrt sich Schwarz in der immer wieder als Begründung für die fort-dauernde, vorherrschende deutsche Nationalstaatlichkeit vorgebrachten These, auch die kleinen europäischen Staaten wünschten die Supranationalität nicht. Die Benelux-Länder, die zu den ersten Opfern leviathanischer Nationalstaatlichkeit im 20. Jahrhundert gehörten, denken insgesamt nicht weniger supranational als die Bundesregierung. Dass dies für die Schaffung eines europäischen Bundesstaates durchaus nicht hinreicht, sei freilich zugegeben. Immerhin bleibt soviel bestehen, dass die Hallsteins und Delors und auch sämtliche deutsche Bundeskanzler, welche die Politik der Präsidenten der Europäischen Kommission unterstützten, keine Träumer waren. Sie mögen Visionäre gewesen sein oder es noch immer sein, und zwar mit abnehmender Aussicht auf Erfolg, weil fünfzig Jahre Friede in der Tat nicht nur ernüchternd, sondern auch einschläfernd wirken.

Viertens verdient der von Schwarz wiederholt geäußerte Unmut über das in der Tat gänzliche Fehlen von bevölkerungsproportionalen Mehrheitsentscheiden in der EU zwar Verständnis – selbst im Europäischen Parlament in Strassburg ist Deutschland untervertreten. Man wird auch in der Schweiz über kurz oder lang an der Frage nicht vorbeikommen, ob der Demokratie Genüge getan ist, wenn in einem dem Nationalrat ganz und gar gleichberechtigten Ständerat ein Kanton mit 30 000 Einwohnern exakt dasselben Gewicht hat wie einer mit einer Bevölkerung von mehr als einer Million. Indessen hat die europäische Gemeinschaft auch ihren föderalistischen Preis – genau wie der schweizerische Bundesstaat diesen zu bezahlen hatte. Alles ist eine Frage des Masses. Die institutionelle Reformkonferenz der EU von 1996 wird sich diesem Problem stellen. Die Antwort darauf müsste auch die Schweiz in hohem Masse interessieren.

Der Osten gebietet weiteren Integrations-schritt

Mit all dem sei gesagt, dass die «Überstaatswerdung» – und das ist viel mehr als funktionelle Verzahnung – sowohl ein geschichtlich mehrfach erlebter Vorgang war als auch ein aus Katastrophen sich aufdrängender, legitimer und realistischer Entwurf sein kann. Dass die europäischen Völker dessen ungeachtet ihr «Wärmegefühl» noch lange vorwiegend von ihrer gewachsenen Staatlichkeit her beziehen werden, steht dieser Erkenntnis nicht entgegen. Erst recht gilt dies von den gewaltigen Problemen, welche die Aufnahme Osteuropas seitens der zentral- und westeuropäischen Staatengemeinschaft stellt. Schwarz erkennt diese Aufgabe in ihrer Virulenz – auch hinsichtlich der nicht beliebig erstreckbaren Zeitachse – durchaus realistisch. Aber seine Überzeugung, ein funktional vernetztes, zuverlässig zur Vernunft gebrachtes Deutschland – Schwarz scheint in Begriffe wie «Zentralmacht» und «Grossstaat» geradezu verliebt zu sein – werde die Sache als europäischer «Band-leader» schon in Ordnung halten, setzt eine geradezu traumwandlerische Klugheit voraus, die der Verfasser selbst in über

sein ganzes Buch verteilten, scharfsinnigen Urteilen über deutsche Befindlichkeit jedenfalls aus historischer Sicht gründlich in Frage stellt und der man eingedenk menschlicher Vergesslichkeit blindes Vertrauen nicht schenken möchte. Das gilt übrigens nicht nur für Deutschland.

Das Ende des Kommunismus, die Öffnung des europäischen Ostens und das breite Bett, das sich dem Riesenstrom der Entwicklungsunterschiede im weitesten Sinne geöffnet hat, gebietet einem wie auch immer zusammengesetzten «Kern-europa» einen zusätzlichen Integrations-schritt. *Michael Stürmer* hat dies kürzlich in der «Neuen Zürcher Zeitung» auf den Punkt gebracht: «*Mehr Europa oder mehr Deutschland*». Schwarz scheint auf die Karte der Rückkehr Deutschlands als Zentralmacht Europas zu setzen. Vorwärts in die Vergangenheit? Der Versuchung entspricht das Risiko. Die Stunde der Wahrheit steht uns noch bevor. Sarajevo jedenfalls ist wieder in jedermanns Munde – wie im Sommer 1914. Damals zerbrach Europa aus Mangel an Gemeinschaftsgefühl. ♦

Der Autor ist Botschafter der Schweiz in der Bundesrepublik Deutschland.

SPLITTER

Mein Verständnis von Freiheit und Prosperität in der Welt gründet sich auf ein System des weltweiten Freihandels und nicht auf von Politikern geschaffene Institutionen. Der Freihandel erfordert die Abschaffung aller Schranken und aller bürokratischen Hemmnisse für die Wirtschaft und die Beendigung des staatlichen Interventionismus, des «fine-tuning» und besonders der Umverteilung der Einkommen. Wir mussten in unserem Land so lange in einer Welt pseudo-rationaler und utopischer Verheissungen leben, dass wir vielleicht das Recht haben, in bezug auf diese Thematik ein wenig empfindlicher und skeptischer zu sein als andere.

VÁCLAV KLAUS, *Plädoyer für eine Marktwirtschaft ohne Adjektive*, in: *Signale aus dem Herzen Europas: Ausgewählte Beiträge*, Wiesbaden/Praha 1991, S. 94

Andreas K. Winterberger

MURRAY ROTHBARD, EIN GROSSER LIBERTÄRER

Kurz vor Vollendung seines 69. Altersjahrs ist am 7. Januar 1995 der Ökonom, Philosoph und Historiker Murray N. Rothbard überraschend an Herzversagen verstorben. Er war der bedeutendste Schüler von Ludwig von Mises, ein Hauptrepräsentant der fünften Generation der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, und wirkte zuletzt – seit 1985 – als Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Nevada in Las Vegas.

Murray Rothbard wurde am 2. März 1926 in New York geboren. Er doktorierte 1956 in Ökonomie bei Joseph Dorfman und Arthur Burns an der Columbia University: Seine Dissertation «The Panic of 1819» war die erste umfassende wirtschaftliche und monetäre Studie über diese Periode. Von 1963 bis 1985 lehrte er am New York Polytechnic Institute in New York. Daneben leitete er informelle Privatseminare, wie seinerzeit Ludwig von Mises, an denen hochbegabte junge Ökonomen teilnahmen, und war Vizepräsident des Ludwig von Mises Institute an der Auburn University in Auburn (Alabama). Zum engen Kreis der «Rothbardians» sind die Professoren Walter Block, Hans-Hermann Hoppe, Ralph Raico, Lealand B. Yeager sowie David Gordon und Lew Rockwell zu zählen; deren «Think tank» ist das Ludwig von Mises Institute.

«Die Wissenschaft» der individuellen Freiheit

«Mein gesamtes Werk hat sich stets um die zentrale Frage der menschlichen Freiheit gedreht. Obwohl jede Disziplin ihre Autonomie und Integrität hat, bin ich der Überzeugung, dass in der endgültigen Analyse alle Wissenschaften und Disziplinen der menschlichen Handlung zueinander in Wechselbeziehung stehen und in eine «Wissenschaft» oder Disziplin der individuellen Freiheit integriert werden können.» Diese Worte Rothbards umschreiben treffend sein Selbstverständnis.

Der Ökonom Rothbard entwickelte Ludwig von Mises' Praxeologie, die «Theorie des menschlichen Handelns und Wirtschaftens», namentlich in seinem systematischen Werk über die Ökonomie, «Man, Economy, and State», weiter. Die Praxeologie ist die Theorie von den Mitteln zur Erreichung von Zielen, nicht aber eine Theorie von der richtigen Zielwahl. Wertungen und Zielvorgaben liegen jenseits aller Wissenschaftlichkeit. Die Wahl des Handelns jeder einzelnen Person hängt von subjektiven Werten und den entsprechenden Umständen ab, die so verschieden sind, dass sie nicht sinnvoll quantifiziert werden können. Theoreme, die von Gleichgewichten (ideales Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage usw.) ausgehen und diese mathematisch zu fixieren suchen, sind daher wertlos.

In seinem Werk «Man, Economy, and State», das Mises als «epochal» bezeichnete, begründet Rothbard eingehend, dass die Vorstellung von Monopolpreisen auf dem freien Markt illusionär ist:

«Auf dem Markt gibt es keinen erkennbaren Wettbewerbspreis und folglich keine Möglichkeit, selbst konzeptionell irgendeinen gegebenen Preis als «Monopolpreis» zu unterscheiden.»

Als Geldtheoretiker engagiert er sich für den uneingeschränkten Goldstandard und beweist in seinem bedeutenden Buch «America's Great Depression», dass die Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre durch eine übermässige Expansion von Bankkrediten verursacht und durch ständige Regierungseingriffe noch verschärft wurde.

Der Autor ist 1956 in Zürich geboren. Er arbeitet heute als Deutschland-Korrespondent in Bonn.

Die unter Ökonomen wie Laien gängige These, dass «unrekonstruierter Kapitalismus» in den zwanziger Jahren vorgeherrscht und die «Grosse Depression» bewiesen habe, dass «altmodisches Laissez-faire» nicht länger funktionieren könne, ist nicht haltbar: Die grosse Wirtschaftskrise wurde durch Interventionismus verursacht, also nicht durch Markt-, sondern durch Staatsversagen. Im Buch «The Case against the Fed», das demnächst erscheinen wird, plädiert der Autor für die Abschaffung der Zentralbank.

Kritik am Interventionismus

Im Essay «Toward a Reconstruction of Utility and Welfare Economics» begründet er, dass die Wohlfahrtsökonomie auf der falschen Prämisse basiert, interpersonelle Vergleiche von Nutzen seien möglich.

In seinem Werk «Power and Market» klassifiziert er innovativ als erster Ökonom die verschiedenen Formen des Staatsinterventionismus und deren negative Folgen (Monopolismus usw.): beim dreieckigen Interventionismus zwingt der Intervenient zwei Personen, einen Tausch zu machen bzw. zu unterlassen, beispielsweise durch Preiskontrollen; der binäre Interventionismus ist ein erzwungener Tausch zwischen dem Intervenienten und seinem «Opfer», beispielsweise die Besteuerung; bei autistischen Interventionen schränkt der Intervenient direkt nur eine Person bzw. deren Eigentum ein, wobei der Tausch davon nicht betroffen ist. Eingehend begründet er, dass die Ökonomie kein Prinzip der gerechten Besteuerung voraussetzen könne und dass eine neutrale Besteuerung konzeptionell unmöglich zu erreichen sei.

Eloquent tritt er für den Anarchokapitalismus ein, d. h. Übernahme aller Staatsfunktionen (Polizei, Gerichtshöfe usw.) durch Anbieter auf dem freien Markt.

Im 1982 publizierten Aufsatz «Law, Property Rights, and Air Pollution» befürwortet Rothbard den marktkonformen Umweltschutz auf der Grundlage der Property-Rights-Theorie: Luftverschmutzung definiert er als privaten Störfaktor, der vom privaten Landbesitz einer Person auf denjenigen einer anderen Person hervorgerufen werde, als Eingriff auf den dem Grundstück und meist auch der Person

.....

Die Wohlfahrtsökonomie basiert auf der falschen Prämisse, interpersonelle Vergleiche von Nutzen seien möglich.

.....

des Eigentümers zugehörigen Luftraum. Getreu der libertären Eigentumstheorie, die dem Heimstatt-Konzept (concept of homesteading) zentrale Bedeutung beimisst, kann gegen den Verursacher von Luftverschmutzung oder Lärmimmissionen nicht vorgegangen werden, wenn dieser diese Praktiken bereits betrieben hatte, bevor der Belästigte sich in der Nachbarschaft niederliess. Im gegenteiligen Fall ist Umweltverschmutzung, sofern sie beispielsweise von den Sinnen wahrgenommen werden kann, ein Delikt per se, weil sie den Besitz und den Nutzen des Eigentums des Belästigten beeinträchtigt.

Im Januar 1995 werden die ersten beiden Bände der «History of Economic Thought» erscheinen; durch den plötzlichen Tod des Autors endet das Werk mit der Dogmengeschichte des 19. Jahrhunderts. Erwähnenswert ist das vierbändige Werk «Conceived in Liberty», das weniger bekannte Seiten des Freiheitskampfes der Amerikaner gegen die britischen Kolonialherren (Steuerrevolten, Gründung privater Milizen usw.) aus der Sicht der Befürworter der Konföderation, d. h. des Staatenbundes, beschreibt. Sie nannten sich *Anti-Federalists*, im Gegensatz zu den *Federalists*, welche einen Bundesstaat (mit grösseren Kompetenzen beim Bund) anstrebten.

Rothbards Libertarismus

Der Libertarismus (Libertarianism) strebt die Maximierung der individuellen Freiheit an und gliedert sich grob in Minarchismus (laissez-faire-liberaler Minimalstaat) und Anarchokapitalismus (Privatisierung aller Staatsfunktionen). Rothbards Denken gründet auf einer Synthese der wirtschaftlichen Prinzipien der Österreichischen Schule und Amerikas individualistischem Anarchismus des 19. Jahrhunderts (*Lysander Spooner, Benjamin R. Tucker*).

In seinem sozialphilosophischen Hauptwerk «The Ethics of Liberty» verknüpft Rothbard Naturrecht in thomistischer mit Privateigentum in der Tradition von *John Locke* und dezentralisierten libertären Rechtsinstitutionen.

«In der libertären Gesellschaft werden keine Eigentumstitel umverteilt, d. h., das Eigentum keines Menschen an seine Person

(*Axiom der Eigenherrschaft*) oder an Sachvermögen ist irgendwelchen Verletzungen oder Interventionen seitens anderer Menschen unterworfen», betont Rothbard, für den das Konzept von Rechten nur dann Sinn macht, wenn die Eigentumsrechte mit den Menschenrechten identisch sind: «Zum einen, da Eigentum nur Menschen zufallen kann, so dass ihre Eigentumsrechte Rechte sind, die menschlichen Wesen gehören, und zum anderen, da das Recht der Person auf ihren eigenen Körper, ihre persönliche Freiheit, ein Eigentumsrecht auf ihre eigene Person ebenso wie ein «Menschenrecht» ist».

Während mit Ausnahme von Kriminellen alle Individuen und soziale Gruppen ihr Einkommen durch freiwilligen Tausch erlangten, sei es einzig der Staat, dessen Einnahmen auf Zwang (Steuern) beruhe: «Besteuerung ist eindeutig Diebstahl in kolossalem Umfang, eine willkürliche Ergreifung von Eigentum der Staatsuntertanen.»

Wie funktioniert der Anarchokapitalismus?

Die natürlichen und juristischen Personen schliessen beispielsweise Verträge mit privaten Gerichtshöfen und privaten Polizeiorganisationen ab, welche die Rechtssicherheit gewährleisten sollen und aufgrund des im völlig freien Markt sichergestellten Wettbewerbsprinzips qualitativ bessere Dienstleistungen als jene des Staats anbieten. Diese privaten Organisationen müssten im Falle der Entstehung von Konflikten untereinander aus ureigenem Geschäftsinteresse für eine friedliche Lösung optieren, betont Rothbard.

Er bestreitet nicht die Notwendigkeit eines rechtlichen Kodexes, auf dem die Urteilssprüche der privaten Gerichtshöfe gründen. Im Bestseller «For a new Liberty», wo er seine Philosophie auf praktische politische Probleme anwendet, skizziert er zugleich das Funktionieren einer anarchokapitalistischen Gesellschaft.

Dass der Radikallibertarismus keine Kopfgeburt sein muss, belegt er anhand des Beispiels der während über 1000 Jahren funktionierenden Gesellschaft des alten keltischen Irland, in der die Gerichtshöfe und das Recht weitgehend

libertär geprägt waren und zugleich innerhalb einer rein staatslosen und libertären Gesellschaft wirkten.

Es vermag kaum zu verwundern, dass Murray N. Rothbard in seiner Schrift «Education, Free and Compulsory», in der er darstellt, wie der Schulzwang und das öffentliche Schulwesen in Europa und den USA bis spätestens gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingeführt worden waren und welche Motivationen dahinter steckten (Indoktrination von Gehorsam gegenüber den religiösen und/oder weltlichen Autoritäten, Gleichmacherei usw.), für deren Beseitigung eintritt: Nur so ist eine freie Entfaltung der Individuen als unterschiedliche Persönlichkeiten mit ungleichen Begabungen, Interessen und Zielen denkbar. Die Eltern und nicht der Staat könnten eine positive Entwicklung ihres Kindes am ehesten im Rahmen eines vielfältigen Angebots privater Schulen gewährleisten.

Da der Egalitarismus in seiner Methodologie und seinen Zielen die tatsächliche Struktur der Menschheit und des Universums verleugne, sei er grundlegend inhuman und ethisch böse.

Politischer Aktivist und begnadeter Journalist

Murray Rothbard gehörte zu den Gründern der *Libertarian Party*, der drittgrössten Partei der USA, von der er sich 1989 trennte, indem er ihr moralischen Relativismus und Libertinage vorwarf. Seither unterstützte er die libertären Kräfte bei den Republikanern und trat für ein Bündnis mit den Konservativen ein. Er war ein begnadeter Journalist, der in klarer, verständlicher Sprache fast wie der von ihm hochgeschätzte *H. L. Mencken* und einem beinahe enzyklopädischen Wissen neben 25 Büchern Tausende von Artikeln zu wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Themen (beispielsweise Filmkritiken) verfasste und mehrere Zeitschriften («Review of Austrian Economics», «Journal of Libertarian Studies», «The Rothbard-Rockwell-Report») herausgab. In seinem letzten zu Lebzeiten am 29. Dezember 1994 in der «Washington Post» erschienenen Artikel attackiert der mit enormem polemischen Talent ausgestattete Denker *Newt Gingrich*, den neuen – republikani-

.....

Die Eltern können eine positive Entwicklung ihres Kindes am ehesten im Rahmen eines vielfältigen Angebots privater Schulen gewährleisten.

.....

schen – Sprecher des Repräsentantenhauses, als einen *New Dealer*. Als überzeugter Isolationist in der Tradition der *Old Right* bekämpfte er seinerzeit das amerikanische Engagement im Korea-, Vietnam- und Golfkrieg. Der Kampf der radikaleren Libertären um Rothbard gegen die Militärdienstpflicht während des Vietnamkrieges führte zur Spaltung der konservativen Bewegung der USA.

Murray Rothbard war Mitglied der klassisch-liberalen *Mont Pèlerin Society* und gründete vor wenigen Jahren, zusammen mit *Russell Kirk*, die *John Randolph Society*, eine Vereinigung kulturell konservativer Marktwirtschaftler und altliberaler Befürworter einer radikalen politischen Dezentralisierung in der Tradition der *Agrarians* (*John Taylor* usw.). Gemeinsame Gegner waren fortan die linken «liberals» und die sogenannten «Neokonservativen».

Wegen seiner kompromisslosen marktwirtschaftlichen, antietatistischen und anarcholiberalen Haltung, seines Apriorismus, seiner Ablehnung der positivistischen Methodologie und der Mathematisierung der Ökonomie erhielt er nie eine Professur an einer berühmten Universität. Damit widerfuhr ihm das gleiche Schicksal wie seinem Freund Ludwig von Mises, der ebenfalls geachtet, aber wegen seiner Distanz zum herrschenden Mainstream Aussenseiter war. Im Unterschied zu Mises nahm Rothbard dies mit bewundernswerter stoischer Gelassenheit hin, verlor nie seinen ausgeprägten Sinn für Humor in der Gewissheit, dass die akademische Welt seine herausragende Bedeutung als Wissenschaftler erst posthum zu würdigen wissen werde. ♦

Ausgewählte Sekundärliteratur: David Gordon: Murray N. Rothbard: A Scholar in Defense of Freedom, The Ludwig von Mises Institute, Auburn 1986. – Walter Block and Llewellyn H. Rockwell, Jr., Editors: Man, Economy, and Liberty: Essays in Honor of Murray N. Rothbard (Festschrift), The Ludwig von Mises Institute, Auburn 1988.

Ausgewählte Primärliteratur: Murray N. Rothbard: The Panic of 1819: Reactions and Policies, Columbia University Press, New York 1962. – Murray N. Rothbard: Man, Economy, and State, A Treatise on Economic Principles (1962), New York University Press, New York 1979. – Murray N. Rothbard: America's Great Depression (1963), Richardson and Snyder, New York 1983. – Murray N. Rothbard: Power and Market, Government and the Economy

(1970), Sheed Andrews and McMeel, Inc., Kansas City 1977. – Murray N. Rothbard: For a new Liberty, the Libertarian Manifesto (1973), Collier Books, New York 1978. – Murray N. Rothbard: Egalitarianism as a Revolt against Nature and other Essays, Libertarian Review Press, Washington D.C. 1974. – Murray N. Rothbard: Conceived in Liberty, Vol. I–IV, Arlington House Publishers, New Rochelle, NY 1975–1979. – Murray N. Rothbard: Education, Free and Compulsory: The Individual's Education, Center for Independent Education, Wichita 1972. – Murray N. Rothbard: Individualism and the Philosophy of the Social Sciences, Cato Institute, San Francisco 1979. – Ronald Radosh and Murray N. Rothbard, Editors: A New History of Leviathan. Essays on the Rise of the American Corporate State, E. P. Dutton & Co., Inc., New York 1972. – Murray N. Rothbard: The Essential von Mises (1973), The Ludwig von Mises Institute, Auburn 1983. – Murray N. Rothbard: Toward a Reconstruction of Utility and Welfare Economics, The Center for Libertarian Studies, New York 1977. – Murray N. Rothbard: The Ethics of Liberty, Humanities Press, Atlantic Highlands, NJ 1982. – Murray N. Rothbard: What has Government done to our Money? (1964), Liberty Printing, Sunnyvale CA. – Murray N. Rothbard: Freedom, Inequality, Primitivism, and the Division of Labor (1970), Institute for Humane Studies, Menlo Park CA 1971. – Murray N. Rothbard: Law, Property Rights, and Air Pollution, The Cato Journal, Volume 2, Number 1, Spring 1982. – Murray N. Rothbard: A History of Economic Thought, Two Volumes, Edward Elgar, London 1995.

Bei Edward Elgar werden ferner 1995 zwei Bände von Rothbards gesammelten Aufsätzen in der Reihe «Pioneers in Economics» (Mark Blaug, Ed.) erscheinen. Ebenfalls für dieses Jahr ist die Publikation einer weiteren Neuerscheinung von Rothbard, «The Case against the Fed», geplant.

SPLITTER

Der Staat masst sich das Recht an, sich in alle Einzelheiten des Privatlebens einzumischen und macht sich dabei die bei den Demokratien weitverbreitete Abneigung gegen individuelle Unterschiede zunutze. Und mit der Zeit wird die Initiative in Handel und Industrie, welche diese Kausalkette ausgelöst hatte, durch die zudringliche Einmischung und unerträgliche Last des Super-Staates erstickt.

RUSSELL KIRK, *Lebendiges politisches Erbe, aus dem Amerik. (The conservative Mind)*, Zürich 1959, S. 215